

## **„Wir brauchen qualifizierte und motivierte Mitarbeiter“**

### **Kinderschutzverbände: Wirksame Hilfe für Buben und Mädchen nur möglich, wenn alle zusammenwirken - Kongress in Stuttgart**

STUTTGART/MANNHEIM. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund wollen gefährdete Kinder besser und früher schützen. Dazu müssen die Experten vor Ort besser zusammenarbeiten. Beispiele für funktionierende Netzwerke gibt es bereits.

Nicht erst seit den Kindstötungen in Plauen und Darry hat das Thema Kinderschutz traurige Aktualität erlangt. Gerd Weimer, der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, sprach von „alarmierenden Zahlen“. Zwischen 2000 und 2005 habe sich allein in Baden-Württemberg die Zahl der Kindesmisshandlungen von 221 auf 288 erhöht, die Zahl der Anzeigen habe sich verdreifacht. Weimer zufolge müsse man „aber nicht nach neuen Gesetzen rufen“, stattdessen sollte man die vorhandenen Strukturen optimieren. Dazu bräuchten die Jugendämter - „sie haben eine Schlüsselrolle in der Hilfe für Kinder“ - qualifizierte und motivierte Mitarbeiter. „Sparrunden und Kürzungen in der Jugendhilfe sind der falsche Weg“, sagte Weimer. Außerdem müssten alle mit Kindern befassten Berufsgruppen besser zusammenarbeiten. Hebammen, Ärzte, Polizisten, Erzieher in Kindergärten und Schulen müssten sich austauschen. Die Verankerung der Kinderrechte in Grundgesetz könne außerdem ein Weg sein, den Staat in die Pflicht zu nehmen. Möglicherweise ließe sich so die finanzielle Ausstattung der Jugendämter verbessern, sagte Weimer am Rande eines Fachkongresses zum Thema Kinderschutz mit 200 Teilnehmern. Die Landtags-SPD unterstützt diese Forderungen. Deren familienpolitische Sprecherin, Marianne Wonnay, forderte die Landesregierung auf, ein Kinderschutz-Gesamtkonzept vorzulegen. Beratungsgutscheine seien keine Lösung. „Wer seine Kinder vernachlässigt, der wird kaum bereit sein, einen Elternkurs einer Volkshochschule zu besuchen“, sagte Wonnay.

Dass Vernetzung ein wichtiges Thema ist, zeigten auch die Beispiele aus der Praxis, wie das Stuttgarter Kinderschutzkonzept: Es greift dann, wenn Kinder von Misshandlung bedroht sind oder ein Verdacht besteht. „Dabei gehen wir von einer Notlage aus und arbeiten mit der Familie“, sagte Johannes Schmitt-Althaus, einer der Initiatoren. Die Mitarbeiter arbeiten immer zu zweit, bieten betroffenen Familien Hilfe an, beziehen Nachbarn und Verwandte ein. Ein Stammtisch bietet Ärzten ein Forum, um sich untereinander über Fälle auszutauschen, und sorgt dafür, dass „alle Beteiligten eine gemeinsame Sprache finden“. Dietmar Siegert vom Kinderschutzbund in Krefeld findet es wichtig, „nicht alle Eltern unter Generalverdacht zu stellen“. Im Krefelder Modell „Schön, dass es dich gibt“ werden alle Neugeborenen in den ersten drei Lebenswochen besucht - mit Einverständnis der Eltern. „Wir wollen Eltern nicht stigmatisieren“, sagte er. Ähnlich funktioniert auch das Kinderschutzkonzept in Dormagen. Dort werden alle Familien besucht, „um dem Jugendamt ein Gesicht zu geben und zu zeigen, dass wir keine Kinderklaubehörde sind“, erklärte Uwe Sandvoss.

Die Prävention greife an den Punkten im Leben eines Kindes ein, an denen die Eltern besonders motiviert sind, also Schwangerschaft, Geburt, der Eintritt in den Kindergarten und Schule. In Dormagen wird Wert darauf gelegt, auch Grundbedürfnisse der Kinder zu sichern, also im Notfall auch für ordentliche Schulkleidung zu sorgen.

In Pforzheim gibt es seit sechs Monaten sogenannte Familienhebammen, die jungen Müttern zur Seite stehen. Sie werden von zwei Sozialpädagogen unterstützt, die die Kommune finanziert. „Die Krankenkassen weigern sich bisher, die Hebammen zu bezahlen“, sagte Frank Lemke vom Kinderschutzbund. Er hoffe auf „politische Unterstützung statt glorreicher Worte“.

In Mannheim hat man sich Anfang des Jahres entschieden, eine eigene Kinderschutzstelle (KST) einzurichten. Seit Oktober ist die neue „Spezialeinheit“ mit fünf Sozialarbeitern und -pädagogen im Einsatz. Sie sollen gezielt Hinweisen auf Vernachlässigung, Missbrauch und Gewalt oder anderen Gefährdungen des Kindeswohls nachgehen. „Damit wollen wir verhindern, dass gewichtige Fälle bei einem Sozialarbeiter auf einem großen Stapel landen und womöglich erst nach zehn bereits dort liegenden Akten bearbeitet werden“, erklärt Christian Specht (CDU), der Erste Bürgermeister der Stadt Mannheim. Hauptaufgabe der neuen Kinderschutzstelle sei die Sicherung des Kindesschutzes bei der Neumeldung schwerer Verdachtsfälle und ein verbesserter Schutz für Kinder unter drei Jahren. Dafür wolle man die internen Strukturen und Abläufe verbessern, sagte Specht bei der Vorstellung des Projekts. Wichtig sei, dass immer jemand erreichbar sei und Hinweise standardisiert erhoben und dokumentiert werden. Darüber hinaus solle die Stelle zusammen mit anderen

Organisationen und Akteuren „ein kooperatives Netz“ für einen wirkungsvollen Schutz gefährdeter Kinder aufbauen. Die ersten Erfahrungen zeigten, dass die das neue Konzept funktioniere.

Obwohl das Netzwerk in der Anfangsphase nur Kindergärten und Krippen sowie Kinderärzte und Jugendgerichtshilfe umfasse, habe man bereits 76 Meldungen erhalten, von denen sich einige als sehr gravierend erwiesen hätten, berichtet Specht. Drei der Kinder hätten aus ihren Familien in Heime oder Pflegefamilien überstellt werden müssen, einer Familie habe man einen Betreuer zur Seite gestellt. 26 der Fälle seien endgültig abgearbeitet - entweder in dem Sinne, dass sich die Gefährdung des Kindeswohls nicht bestätigt habe oder aber der Schutz sichergestellt werden konnte.

Von Johanna Eberhardt und Sabine Nedele  
© 2006 Stuttgarter Zeitung, 11.12.2007